



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Herr Bundesrat Guy Parmelin
Vorsteher des Eidg. Departements
für Verteidigung, Bevölkerungsschutz
und Sport
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Basel, 7. März 2018

**Regierungsratsbeschluss vom 6. März 2018
Vernehmlassung zu den Beiträgen des Bundes an die Olympischen und Paralympischen
Winterspiele «Sion 2026»: Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin

Mit Schreiben vom 8. Dezember 2017 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zu den Beiträgen des Bundes an die Olympischen und Paralympischen Winterspiele «Sion 2026» zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und lassen Ihnen nachstehend unsere Hinweise und Bemerkungen zukommen.

1. Grundsätzliche Einschätzung

Auch wenn der Kanton Basel-Stadt – mit Ausnahme der Beteiligung der Kantonspolizei Basel-Stadt an der Gewährleistung der Sicherheit – wohl nicht direkt von den möglichen Olympischen und Paralympischen Spielen «Sion 2026» betroffen ist, so steht er den Anlässen mit Skepsis gegenüber. Olympische und Paralympische Spiele gelten als Mammutanlässe, für welche für die letztlich sehr kurze Veranstaltungsdauer eine enorme Infrastruktur aufgebaut werden muss, die später – wie mehrere Beispiele der letzten Jahre und Jahrzehnte zeigen – kaum nachhaltig bewirtschaftet werden kann oder nochmals teure Folgekosten auslöst. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt befürchtet, dass die sehr hohen budgetierten Kosten von über 900 Millionen Franken für den Bund dazu führen könnten, dass andere, wichtigere Beiträge des Bundes allenfalls gekürzt oder gestrichen werden, zumal die Beiträge des Bundes an die Olympischen und Paralympischen Spiele der Ausgabenbremse unterstehen und somit den Spielraum für andere Ausgaben einschränken.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt vertritt die Auffassung, dass sich die Schweiz anstelle der Durchführung von Olympischen Spielen besser und nachhaltiger präsentieren könnte bei Europa- oder Weltmeisterschaften in einzelnen sportlichen Disziplinen. Solche internationalen sportlichen Veranstaltungen können gleichzeitig in verschiedenen Regionen der Schweiz stattfinden, wie beispielsweise die Fussball-Europameisterschaften 2008. Sie können aber auch an einem Ort durchgeführt werden, wie beispielsweise die Ski-Weltmeisterschaften 2017 in St. Moritz, die Curling-Weltmeisterschaften 2016 in Basel, die Leichtathletik-Europameisterschaften 2014 in Zürich, die Turn-Europameisterschaften 2016 in Bern, die Golf-Europameisterschaften der Damen 2017 in Lausanne, die Ruder-Europameisterschaften 2019 in Luzern, die Badminton-Weltmeisterschaften 2019 in Basel, um nur einige wenige Beispiele zu nennen.

Es erscheint nachhaltiger und sinnvoller, mehrere solcher internationalen sportlichen Meisterschaften mit Bundesbeiträgen zu unterstützen. Sie fokussieren auf einen engeren Zeitraum und bringen deutlich weniger Einschränkungen bzw. Belastungen für Mensch und Umwelt mit sich. In der Gesamtheit der Veranstaltungen können solche Meisterschaften die Tourismusnation Schweiz längerfristig und nachhaltig positionieren – nicht nur eingeschränkt auf den Wintertourismus während einer kurzen Veranstaltungsdauer.

Schliesslich möchte der Regierungsrat auch darauf hinweisen, dass ein Bundesbeitrag von 30 Millionen Schweizer Franken an die WorldSkills in Basel aus finanziellen Gründen letztes Jahr nicht gesprochen wurde. Die Schweiz hätte die einmalige Chance gehabt, sich mit diesem internationalen Grossanlass als Heimat der Berufsbildung zu präsentieren und das Ansehen der dualen Bildung auch im Inland weiter zu steigern. Der Verzicht auf einen Bundesbeitrag von 30 Millionen Franken erscheint doch etwas in einem Missverhältnis mit den nun geplanten Ausgaben für Olympische und Paralympische Spiele und es wäre zu hoffen, dass künftig auch für Veranstaltungen wie die WorldSkills ausreichend Bundesmittel zur Verfügung gestellt werden.

Auch besteht in weiten Kreisen der Bevölkerung eine Skepsis oder gar Ablehnung gegenüber Olympischen Spielen in der Schweiz. Aus diesem Grund sollten die Bundesbeschlüsse zumindest dem fakultativen Referendum unterstellt werden, damit entsprechend der schweizerischen Tradition allenfalls das Volk darüber abstimmen kann, ob es Beiträge des Bundes unterstützt oder nicht. Die vermeintliche zeitliche Dringlichkeit darf nicht dazu führen, dass demokratische Abläufe nicht eingehalten werden können.

2. Zur Frage der Gewährleistung der Sicherheit

Grundsätzlich dürften die Kantone zusammen mit der Armee in der Lage sein, die Sicherheit der Olympischen Winterspiele in der Schweiz zu gewährleisten. Allerdings müssen die durchführenden Kantone sicherlich auf grosse Kontingente an Polizeikräften aus anderen Kantonen zurückgreifen. Eine allfällige Anfrage, die gemäss Vereinbarung über die interkantonalen Polizeieinsätze IKAPOL abzuwickeln und zu entschädigen wäre, würde geprüft.

3. Zusammenfassung

Zusammenfassend kann der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt Beiträge des Bundes an die Olympischen und Paralympischen Spiele «Sion 2026» allenfalls dann unterstützen, wenn sie keine Reduktion für Beiträge an andere Anlässe zur Folge haben und dem Volk zumindest fakultativ die Möglichkeit eingeräumt wird, im Rahmen einer Volksabstimmung dazu Stellung zu nehmen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Kopie per Mail an stefan.leutwyler@baspo.admin.ch (im Format pdf und Word)